



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Acht Jahre sächsisch-deutscher Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Union mit ihren verhältnismäßig geringen Land- und Seestreitkräften nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn sie an der englischen Freundschaft einen festen Rückhalt hat. Daher auch die glimpfliche Behandlung Englands im Hay-Pauncefote-Vertrage; denn daß er auch so noch Vorteile genug für England bietet, hat Staatssekretär Hay selbst angedeutet, wenn die Äußerung richtig ist, die ihm zugeschrieben wird, „daß er in keinem Punkte dem Drucke Englands nachgegeben habe.“ Diese Verteidigung wäre unnötig, wenn er sich nicht selbst bewußt wäre, daß sein Werk den Eindruck macht, als sei es ein wenig günstig für England ausgefallen. Wie aber die Dinge lagen, durfte er die Macht nicht vor den Kopf stoßen, an der Mac Kinleys imperialistische Politik ihre beste Stütze hat. Allein gerade diese Politik findet in den Vereinigten Staaten schon lange nicht mehr die begeisterte Zustimmung wie damals nach dem spanischen Kriege, und gegen sie richtet sich diesmal der Hauptsturm der demokratischen Partei, die in der Selbstbeschränkung der Union auf die westliche Halbkugel das Heil und zugleich die notwendige Folgerung aus der Monroedoktrin sieht.

Ein solches Amerika allerdings braucht die englische Freundschaft nicht. Wenn also die Demokraten siegen, so werden sie weder in der Nicaraguakanalfrage noch im Alaskastreit zu Konzessionen bereit sein, und England bleibt dann nichts übrig, als nachzugeben, wie es so oft gethan hat, wo es auf einen energischen Widerstand stieß. Es ist in London noch in guter Erinnerung, mit welcher Angst vor vier Jahren die Geldleute der Londoner City in ihren Kontoren saßen und auf die erlösende Nachricht von Mac Kinleys Wahl warteten, die sie von der Furcht vor dem Silbermann Bryan befreien sollte. Diesmal sind es die Männer von Downing Street, deren Augen voll Spannung nach drüben schauen werden; denn für die englische Politik kommt viel darauf an, ob Mac Kinley bleiben oder Bryan an seiner Statt ins Weiße Haus zu Washington einziehen wird.

Ch. Lenschau



Acht Jahre sächsisch-deutscher Politik

Von Otto Kaemmel



Es ist immer eine sehr schwierige Aufgabe, das Leben eines noch regierenden Fürsten in wirklich historischer Weise zu schildern, zumal wenn man selbst in amtlicher Beziehung zu ihm steht, und das Material mit seiner eignen Zustimmung dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden ist. Das sieht man auch an dem sehr verdienstvollen und wichtigen Buche, worin Paul Hassel, Direktor des sächsischen

Hauptstaatsarchivs in Dresden, das Leben des Königs Albert von Sachsen bis 1873, bis zum Tode des Königs Johann, behandelt hat. *) Er teilt seinen Stoff in die beiden sich von selbst ergebenden, an Wichtigkeit allerdings sehr ungleichen Abschnitte, die Jugendzeit 1828 bis 1854, bis zur Thronbesteigung seines Vaters König Johann, und die Kronprinzenzeit von 1854 bis 1873. Neben der gedruckten Litteratur hat er für beide eine Menge neuer Quellen aus dem Hauptstaatsarchiv, dem Ministerium des Königlichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt, darunter vor allem die Aufzeichnungen des Königs Johann, die dieser größtenteils nach 1866 aus der Erinnerung über sein Leben gemacht und schon der Staatsminister P. von Falkenstein in seiner Biographie des Königs benutzt hat, sehr lebendige, intime und interessante Schilderungen, deren vollständiger Veröffentlichung hoffentlich bald kein Hindernis mehr entgegensteht, sodann zahlreiche Briefschaften, die dem Verkehr des Königs Johann mit andern Fürsten, namentlich mit dem spätern Kaiser Wilhelm und mit seinen beiden Söhnen während der Feldzüge von 1849, 1866 und 1870/71 angehören.

Dabei hat sich Haffel nicht auf den Rahmen einer Biographie beschränkt, vielmehr, namentlich für die Jahre seit 1848, eine politische Geschichte Sachsens im Zusammenhange mit der deutschen gegeben, mit vollem Rechte, denn die Thätigkeit eines Fürsten, die so ganz dem öffentlichen Leben angehört, ist ohne den Hintergrund der Zeitgeschichte gar nicht verständlich. Umsomehr tritt die eigne Art des Buchs hervor, die leidenschaftslose, ruhige, fast kühle Darstellung, der fast gänzliche Mangel an persönlichem Urteil, ja sogar an lebhafter Schilderung, obwohl der Verfasser ihrer als Redner in hohem Grade mächtig ist, kurz, der Mangel an kräftiger Farbengebung und Schattierung. Wir machen dem Verfasser daraus natürlich keinen Vorwurf, sein Stoff legte ihm diese Schranken auf; aber um den Anschauungen der dargestellten Zeiten und Kreise gerecht zu werden, war es doch wohl nicht nötig, beständig von „Bundesmächten“ oder „deutschen Mächten“ zu reden, wo einfach die Bundesstaaten gemeint sind; damals hat höchstens Georg V. von Hannover gelegentlich von „Mittelmächten“ statt „Mittelstaaten“ gesprochen, was man lächerlich fand. Gegenüber denen aber, die in der Abwesenheit jedes eignen Urteils, in der sogenannten Objektivität — die man an Ranke rühmt, und die doch weder von ihm noch von irgend einem andern Historiker wirklich erreicht worden ist noch erreicht werden kann, weil eben niemand sein Wesen auszulöschen vermag — das Ideal der Geschichtschreibung sehen, können wir diese gewissermaßen unpersönliche Darstellungsweise nicht gerade als den Gipfel historischer Kunst ansehen, sondern ziehn ein gewisses Maß von „Treitschlicher Einseitigkeit“ vor, insofern wenigstens, als wir auch den Historiker

*) Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen von Dr. Paul Haffel. Erster Teil: Jugendzeit. Mit einem Bildnis (von 1860). VIII und 332 S. Zweiter Teil: König Albert als Kronprinz. Mit einem Bildnis (von 1871). XXII und 550 S. Berlin, E. S. Mittler und Sohn. Leipzig, J. C. Hinrichs. 1898. 1900.

selbst sehen wollen, den urteilenden und fühlenden Menschen, nicht nur den Sammler und Darsteller des historischen Stoffes. Ganz frei von Tendenz ist schließlich auch Hassel nicht, und es liegt uns fern, ihn deshalb tadeln zu wollen, denn auch diese ergibt sich aus dem Stoffe, namentlich des zweiten Bandes. Er will die sächsische Politik dieser Jahre erklären und motivieren, also historisch rechtfertigen, namentlich zeigen, daß sie ebensowohl aus der Lage des Landes als aus dem Charakter der leitenden Persönlichkeiten entsprungen ist, und daß sie im Einklange mit der Anschauung des Landes und seiner Vertretung gestanden hat, für eine Regierung freilich, wie Hassel selbst natürlich recht gut weiß, kein unbedingtes Lob. Diese Tendenz erstreckt sich übrigens nicht auf die Politik des Ministers F. von Beust; deren Vertretung wird vielmehr an mehreren Stellen (z. B. II, 93 f., 110 f., 252 f., 321) stillschweigend oder ausdrücklich abgelehnt. Es ergibt sich in der That aus dem Buche, daß König Johann die Politik Sachsens in einem weit höhern Grade selbst gemacht hat, als man zunächst anzunehmen geneigt ist, daß er seinen Minister gar nicht selten korrigiert, ihn wohl auch von „Seitensprüngen,“ wie er selbst gelegentlich sagte, abgehalten, und daß er sich dabei auf die Zustimmung seines Thronfolgers gestützt hat, der sich zwar immer in den Schranken der Verfassung und seines militärischen Berufs hielt, sich aber über alle wichtigen Fragen ein selbständiges Urteil bildete und es, wo er konnte, zur Geltung brachte. Wenn Beust trotz gelegentlicher Abweichungen des königlichen Urteils in sehr wichtigen Dingen immer die formelle Leitung der sächsischen Politik behauptete und sogar nach ihrer Niederlage 1866 bereit gewesen wäre, sich ruhig in die neuen Verhältnisse zu fügen, so erklärt auch Hassel dies nicht ohne Ironie aus der „Elastizität“ seines Geistes.

Zweierlei geht nun aus dem Buche mit urkundlicher Sicherheit hervor. Erstens die Wahrheit: wenn es einer so durchaus ehrlichen, in ihrer Art gut deutschen, von intimen persönlichen Beziehungen nach beiden Seiten hin noch wesentlich geförderten Politik, wie die des Königs Johann war, nicht gelang, auf dem Boden des alten Bundesrechts zu einer friedlichen und befriedigenden Bundesreform, deren Notwendigkeit am wenigsten er verkannte, zu kommen, so war dieses Problem überhaupt unlösbar, und die Entscheidung durch die Waffen der einzige Ausweg. Denn zwischen den beiden einander entgegengesetzten Standpunkten, das bestehende Bundesrecht müsse die Grundlage einer neuen Verfassung sein, und dem andern, es müsse zerschlagen werden, daß man eine solche schaffen könne, gab es schlechterdings keine Vermittlung, und die schließlich zu den Waffen griffen, die kann, so traurig der Bruderkrieg war, eine persönliche Verantwortung nicht treffen. Zweitens ergibt sich mit völliger Deutlichkeit, warum von allen norddeutschen Mittelstaaten Sachsen allein die schwere Krisis von 1866 überwand, während die andern ihre Selbständigkeit verloren. Der erste Grund war die Klarheit, Entschlossenheit und Zuverlässigkeit des Königs Johann und des Kronprinzen Albert, die natürlich für das Bundesrecht auch deshalb eintraten, weil damit der Selbständigkeit und der Geltung

ihres Staats am besten gedient schien, aber dabei doch auch von einer festen Rechtsüberzeugung geleitet wurden, besonders der König Johann, bei dem der Jurist den Staatsmann überwog, und die eine Bundesreform an sich ebenso gut wollten wie König Wilhelm und Bismarck, nur auf einem andern, allerdings aussichtslosen Wege. Mit ihnen konnte Preußen deshalb nach seinem Siege verhandeln und sich verständigen, mit dem starren Souveränitätsstolze Georgs V. von Hannover und des Kurfürsten von Hessen konnte es das nicht. Der zweite Grund war die treffliche militärische Rüstung, in der Sachsen in den Kampf ging; die Armee gab ohne Zögern das eigne Land preis und wirkte dort mit, wo die Entscheidung lag, in Böhmen, verpflichtete dadurch Österreich und gewann die Achtung des Siegers. Daran hat der Kronprinz Albert das größte Verdienst. Hannover und Kurhessen dagegen waren völlig ungerüstet; die tapfern Hannoveraner fanden deshalb, und weil sie nicht rechtzeitig das Notwendige thaten, nach einem zwecklosen Kampfe einen isolierten Untergang; die Kurhessen aber waren viel zu schwach, als daß sie irgendwo ein Gewicht in die Waagschale hätten werfen können.

Im folgenden soll nun versucht werden, die Hauptzüge der sächsischen Politik, und besonders den Anteil des Königs und des Kronprinzen, von der Zeit an, wo die Bundesreformpolitik Preußens entschiedner einsetzte, bis zu dem Augenblicke, wo sie endgiltig siegreich blieb, also von 1859 bis 1866, zu skizzieren. Diese Periode ist in vieler Beziehung die interessanteste, und hier ist auch der Reichtum an neuem Material besonders groß.

Im Hintergrunde der gesamten deutschen Politik dieser Jahre stand die Beforgnis vor einem Angriff Frankreichs, die durch den Sieg der Westmächte im Krimkriege noch gesteigert worden war. Darum betrachtete man 1859 in Süd- und Mitteldeutschland die Sache Österreichs als eine deutsch-nationale, was sie schlechterdings nicht war, und meinte, wie das damalige Schlagwort lautete, am Mincio werde der Rhein verteidigt. Daß ein junger Fürst von so starkem militärischen Interesse wie Kronprinz Albert es am liebsten gesehen hätte, wenn der Deutsche Bund für Österreich eingetreten wäre, ist begreiflich; seit 1853 Oberbefehlshaber der gesamten sächsischen Infanterie, wurde er, als der Bundestag die Kriegsbereitschaft beschloß, zum Kommandeur des 9. Bundesarmeekorps (Sachsen, Kurhessen, Nassau, Luxemburg) bestimmt und gewann dabei Einblicke in die militärischen Zustände dieser Kleinstaaten, die nichts Ermutigendes hatten. Die bereite nassauische Kriegsmacht, die ihm am 23. Mai 1859 bei Wiesbaden vorgeführt wurde, bestand aus zwei Bataillonen, einer halben Batterie, einer Pionier- und einer Sanitätsabteilung; von Einheit der Uniformierung, Bewaffnung und Befehlgebung war sogar innerhalb desselben Bundesarmeekorps so wenig die Rede, daß z. B. das badische Rückzugsignal bei den Württembergern das Signal zum Angriff bedeutete! Es war ein Glück, daß damals der Zwist zwischen Preußen und Österreich über den Oberbefehl des Bundesheeres die Teilnahme am Kriege unmöglich machte. Da Preußen dadurch die Thätigkeit des Bundestags „so gut wie paralytiert“ hatte,

so hofften die Mittelstaaten diese und ihre eigne Bedeutung durch engern Anschluß an Oesterreich wieder herstellen zu können, bekämpften deshalb eifrig den damals gebildeten, für die preußische Spitze eintretenden Nationalverein, von dem auch der Kronprinz Albert nichts wissen wollte, und erstrebten zunächst das Dringendste, eine Reform der Bundeskriegsverfassung, vornehmlich wieder im Hinblick auf die von Frankreich her drohende Gefahr. Aber der mittelstaatliche Antrag vom 20. Oktober 1859 lief auf eine Unterordnung der preußischen und österreichischen Bundesstruppen (1. bis 6. Korps) unter den gemeinsamen Bundesfeldhern neben den außerbündischen Truppenteilen beider Großmächte, also auf eine Dreiteilung des Oberkommandos hinaus und stieß bei beiden auf den entschiedensten Widerspruch. Prinz Wilhelm betonte in einem Schreiben an König Johann vom 17. Februar 1860 aufs entschiedenste, daß er seine Armee niemals einem Bundesfeldhern unterordnen werde, und schlug statt dessen die Zweiteilung des Kommandos zwischen Preußen und Oesterreich vor, sodas sich die Truppen der Mittel- und Kleinstaaten der einen oder der andern Großmacht anzuschließen hätten, und nicht anders dachte Kaiser Franz Joseph. Darum kam bei der Fürstenzusammenkunft in Baden-Baden im Juni 1860 die Dreiteilung der Bundesarmee in etwas veränderter Form zur Sprache, und zwar war die Zusammenfassung der vier mittel- und kleinstaatlichen Armeekorps (7. bis 10.) unter einem von den Kontingentsherren zu ernennenden Oberbefehlshaber neben Preußen und Oesterreich in Aussicht genommen; die Bestellung des allen drei Heereskörpern gemeinsamen Bundesoberfeldhern sollte nach einem Antrage des Königs Johann „vertrauensvoll in die Hände der Großmächte gelegt werden.“

Denn indem der König an der Bundesreform im Sinne der Mittelstaaten arbeitete, wollte er doch durchaus das Einvernehmen mit den Großmächten und zwischen den Großmächten behaupten und that darum das Seinige, um durch die Förderung der Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph und des Prinzregenten Wilhelm zu Teplitz im Juli 1860 die seit 1859 bestehende Spannung zu beseitigen. Es war immerhin ein Erfolg, daß sich Preußen dort bereit erklärte, einen Angriff Frankreichs auf Venedig als Kriegsfall zu behandeln und die Reform der Bundeskriegsverfassung von einer preußisch-österreichischen Kommission in Berlin beraten zu lassen. Aber die Konvention von Würzburg, die, von den Kriegsministern der Mittelstaaten am 5. August 1860 abgeschlossen, die Streitkräfte des sogenannten „reinen Deutschlands“ — ein Begriff, der in diesen Jahren unsägliche Verwirrung in vielen Köpfen anrichtete — als ein selbständiges Ganzes zusammenfassen wollte, scheiterte an dem entschiednen Widerspruche Preußens, das auf der Zweiteilung des Oberbefehls bestand. Nicht einmal untereinander vermochten sich die Mittelstaaten auf den Würzburger Konferenzen im Mai 1861 über die Wahl eines Oberbefehlshabers und eine gemeinsame Organisation zu verständigen; Baden nahm schon gar nicht teil, und von den Staaten des 10. Armeekorps nur Hannover.

Unbeirrt von solchen Enttäuschungen arbeitete Kronprinz Albert an der militärischen Ausbildung seiner Truppen und an seiner eignen ruhig weiter. Schon 1860 wurden die gezogenen preussischen Hinterlader bei der Artillerie eingeführt, kurz nachher vertauschte die Infanterie die bisherige recht geschmacklose Uniform (dunkelgrüner Waffenrock mit hellblauen Beinkleidern) mit einer kleidsamen blauen Uniform, der Kronprinz nahm im September 1861 an den preussischen Rheinmanövern teil und führte nachher bei dem Korpsmanöver in der Oberlausitz die eine Division gegenüber dem Generalleutnant von Hake. Er war schon damals bei seinen Truppen außerordentlich beliebt und mit der mittelgroßen, schlanken, eleganten Gestalt, dem vollen dunkelblonden Haar und dem starken Schnurbart eine echt militärische Erscheinung, dabei leutselig und ernst-freundlich gegen jedermann. Eine kleine Szene, die hier einzufügen erlaubt sein mag, ist mir aus jener Manöverzeit unvergeßlich geblieben. Bei einem stattlichen Fackelzug, den die Bürgerschaft und die höhern Schulen von Zittau dem König und seinem um ihn versammelten Hause brachten, wurde ich mit einigen Mitschülern, die gleich mir Chargierte des Gymnasiums waren, in den Rathausaal befohlen, wo der Hof dem Fackelzug zusah. Als wir in hohen Kanonensstiefeln, die nun einmal zur Sache gehörten, unsrer Würde bewußt und doch natürlich etwas verlegen, schweren Trittes den hellerleuchteten Raum betraten, fuhren die jungen Prinzessinnen, die im Hintergrunde standen, lachend in einer Ecke zusammen und konnten ihre Heiterkeit über unsre wohl schlecht sitzenden hohen Stiefeln gar nicht bemeistern; was unsre Befangenheit nicht gerade verringerte; der König und der Kronprinz aber kamen auf uns zu und richteten freundliche Fragen an uns, unter anderm über die Farben der Schärpen, die wir trugen. In demselben Herbst wohnte der Kronprinz der Krönung König Wilhelms I. in Königsberg am 18. Oktober 1861 bei, und auch am preussischen Hofe gewannen ihm damals „sein einfaches und natürliches, gleichwohl die hohe Stellung nicht verleugnendes Wesen in Verbindung mit seinen gediegenen Kenntnissen und seinem sichern politischen Urteil die Sympathie und Verehrung aller,“ wie der sächsische Gesandte Graf Hohen-
thal nach Hause berichtete. Dem König Wilhelm war er schon im Januar desselben Jahres, als er ihm die Glückwünsche des sächsischen Hofes zur Thronbesteigung überbrachte, näher getreten.

Er benutzte diese Gelegenheit, mit dem auswärtigen Minister Preußens, dem Grafen Bernstorff, das Bundesreformprojekt zu besprechen, das Beust kurz vor der Königsberger Reise des Kronprinzen im Sinne der Trias aufgestellt hatte, auch entsprechend der Erörterung der Reformfrage im sächsischen Landtage. Aber dieser Plan fand nicht einmal bei den Mittelstaaten allgemeine Zustimmung; Georg V. hielt es sogar nicht für nötig, mit dem Kronprinzen Albert, der im November sein Jagdgast war, darüber zu sprechen, weil sein Welfenstolz von einer Bundesreform überhaupt nichts wissen wollte, und Baden forderte kurzweg den Bundesstaat. Auf denselben Gedanken kam Bernstorffs Note am 20. November 1861 hinaus, und Österreich stellte im Verein

mit mehreren Mittelstaaten und im Sinne der neuen „großdeutschen Reformpartei,“ aber natürlich ohne Teilnahme Sachsens, einen Gegenvorschlag, das sogenannte Delegiertenprojekt auf (durch identische Noten nach Berlin am 2. Februar 1862), auf das überhaupt einzugehn Graf Bernstorff schon am 14. Februar unbedingt ablehnte.

Mit diesem Kampf um die Grundlagen der deutschen Gesamtverfassung verschlang sich nun in sehr eigentümlicher Weise die Erörterung über den französischen Handelsvertrag von 1863 und den etwaigen Eintritt Österreichs in den Zollverein, sowie dessen vertragsmäßige Erneuerung. So eifrig Sachsen seine bundesrechtliche Stellung zu wahren suchte, so entschieden trat es hier in dieser wirtschaftlichen Lebensfrage auf die Seite Preußens, während sich Bayern, Württemberg, beide Hessen, Nassau und Hannover gegen den Handelsvertrag aussprachen. In seiner ersten Rede in der Ersten Kammer, in die er kurz zuvor eingetreten war, sprach sich Albert für den Handelsvertrag aus (24. Juni) und trat entschieden für die Erhaltung des Zollvereins ein, die durch die Haltung jener Staaten gefährdet war, weil Preußen die Fortdauer des Zollvereins mit ihnen von ihrer Zustimmung zum französischen Handelsvertrage abhängig machte. Die Vermittlungsversuche Sachsens in Österreich, wo der Kronprinz im Herbst 1862 zu Manövern und Jagden verweilte, blieben zunächst vergeblich; erst im Mai 1863 erlangte Beust in Berlin das Versprechen, daß Preußen nach Sicherung des Zollvereins zu Ausgleichsverhandlungen mit Österreich bereit sei. Zu diesem Siege Preußens in der Zollvereinsache gesellte sich ein zweiter am Bundestage: am 22. Januar 1863 lehnte die Versammlung das österreichisch-mittelstaatliche Delegiertenprojekt ab. König Johann war mit diesem Ergebnis im Grunde gar nicht unzufrieden, da der Vorschlag ungenügend gewesen, und nun der Weg für „eine weiter greifende Reform“ geöffnet sei, und der Kronprinz versprach sich in seiner nüchternen klaren Art von der großdeutschen Agitation überhaupt keinen nennenswerten Erfolg. Mit um so größerer Besorgnis beobachtete er die wachsende Spannung zwischen Preußen und Österreich. Denn gerade die sächsische Regierung war über die europäischen Gefahren, die sie mit sich brachte, durch einen Bericht ihres Berliner Gesandten Grafen Hohenthal über eine ausführliche Unterredung mit dem ihm persönlich befreundeten neuen Ministerpräsidenten Bismarck (vom 5. Mai 1863) sehr genau unterrichtet. Nur durch die preußisch-russische Konvention vom 8. Februar zur Unterdrückung des polnischen Aufstands, führte Bismarck aus, sei ein russisch-französisches Bündnis auf Grundlage der Unabhängigkeit Polens verhindert worden. Einem solchen würde Italien sofort beitreten und dadurch, sowie durch die Revolutionierung der Ungarn und der Südslawen das mit Rußland verfeindete Österreich völlig lähmen, sodaß die ganze Macht Frankreichs für einen Rheinfeldzug verfügbar werde, und Preußen mit der obendrein ganz unsichern Hilfe der süddeutschen Staaten diesem Feinde allein gegenüberstehe. Wenn aber Österreich an seinem Gedanken festhalte, mit Hilfe des Bundestags Preußen herabzudrücken, dann werde auch er (Bismarck) den

Weg nach Paris zu finden wissen, zumal da schon zehn Jahre lang Preußen zu Frankreich in dem Verhältnis von Joseph zu Potiphar gestanden habe.

Je besser man also in Dresden wußte, wie schwere Folgen eine Entfremdung zwischen Preußen und Österreich haben könne, desto mehr — und vermutlich auch desto unangenehmer — war man dort von der Art überrascht, mit der Österreich, bekanntlich unter dem leitenden Einfluß der großdeutschen Partei, die Einladung zum Frankfurter Fürstentage im Juli 1863 ohne irgend welche vorherige Verständigung mit seinen Bundesgenossen erließ. Wie aufopfernd sich König Johann trotzdem bemühte, irgend welches Ergebnis zu erreichen und namentlich den durch den Überrumpelungsversuch tief verletzten König Wilhelm, seinen Jugendfreund, zur Teilnahme zu bewegen, ist allgemein bekannt. Als das mißlang, widersprach er doch auf das bestimmteste der Absicht Österreichs, die seinem Reformplane günstige, allerdings sehr unsichere Mehrheit zu dessen Durchführung auch ohne Preußen zu verpflichten, denn er wollte schlechterdings keinen Sonderbund, that deshalb nach wie vor das Mögliche, um einen festen Zusammenhalt zwischen den beiden Großmächten, dem sich dann die übrigen deutschen Staaten sofort anschließen würden, als das „erhaltende Prinzip des europäischen Staatslebens“ herzustellen, und befürwortete deshalb auch die Erörterung über die preussischen Gegenanschläge vom 22. September; aber der Kronprinz konnte im Herbst bei seiner Anwesenheit in Wien und Schl die Wahrnehmung machen, daß Österreich dazu nicht geneigt sei. Als sich die Vertreter der Mehrheit am 24. Oktober in Nürnberg einfanden, um sich über diese preussische Antwort schlüssig zu machen, fehlte die Hälfte. Die mittelstaatlich-österreichische Bundesreformbewegung war auf einem toten Punkte angelangt, und eine ganz andre Aussicht eröffnete die Äußerung des Grafen Rechberg gegen Beust: Wenn ihr es so haben wollt, mit Preußen können wir uns auch verständigen.

Die Gelegenheit dazu kam überraschend schnell, denn die schleswig-holsteinische Frage wurde urplötzlich brennend. Sobald sich König Johann in der Erbfolgefrage eine feste Rechtsüberzeugung gebildet hatte, hielt er unerschütterlich daran fest, aber er wollte die Entscheidung nur durch den gesamten Bund, die beiden Großmächte inbegriffen, herbeiführen; der Kronprinz wünschte vor allem in der Erinnerung an seine erste Kriegsfahrt von 1849 eine rasche militärische Entscheidung. Auch der Landtag teilte den Standpunkt seiner Regierung, nur daß er von den Vorbedingungen der großen Politik nichts verstand. Soweit es sich nun um die Bundesexekution in Holstein handelte, ging ganz Deutschland einmütig vor; als aber die Mehrheit des Bundestags am 14. Januar 1864 in seltsamer Verkennung der Machtverhältnisse und der europäischen Lage den Antrag der beiden Großmächte auf Besetzung Schlesiens zunächst nur zur Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls ablehnte, weil sie dieses nicht anerkannt hatte und die Erhebung Friedrichs von Augustenburg zum Herzog von Schleswig-Holstein wollte, nahmen Preußen und Österreich als europäische Mächte die Sache selbständig in die Hand und eröffneten am

1. Februar den Krieg gegen Dänemark. Da dadurch die Mittelstaaten ganz beiseite geschoben wurden, und die sächsisch-hannoversche Division in Holstein in die peinlichste Lage, ja gelegentlich in Konflikte geriet, so beantragte Sachsen am 13. Februar in Frankfurt die Verstärkung der Exekutionstruppen in Holstein, und der Kronprinz wandte sich brieflich an den Kaiser Franz Joseph; aber auch dieser mußte auf die militärische Notwendigkeit, die preußischen und die österreichischen Etappenstraßen durch Holstein zu sichern, hinweisen, und König Wilhelm betonte in einem ausführlichen Schreiben an König Johann vom 15. Februar, daß die beiden Großmächte nicht genötigt werden könnten, in großen politischen Fragen von europäischer Bedeutung dem Willen einer Majorität zu folgen, deren Beschlüsse den europäischen Nachdruck erst durch die Heere der beiden Großmächte erhalten könnten, daß die Mehrheit, wenn sie darauf beharren wolle, sogar die Existenz des Bundes in Frage stelle. General G. von Manteuffel, der diesen Brief überbrachte, machte gegenüber Beust kein Hehl daraus, daß ein bewaffneter Konflikt in Holstein die sofortige Besetzung Sachsens zur Folge gehabt haben würde („Bedenken Sie, wenn das so weiter geht, kommen wir zuletzt nach Dresden“). König Johann antwortete daraufhin nicht nur am 16. Februar sehr versöhnlich, sondern wies auch am 17. Februar Beust in Würzburg an, den Antrag auf Verstärkung der Exekutionstruppen fallen zu lassen, und entwickelte in einer Denkschrift für Beust die Gründe für die „veränderte Frontstellung der sächsischen Politik.“ „Allein sind wir [die Mittelstaaten] nicht stark genug und zu wenig kompakt, einen ernstlichen Widerstand [den Großmächten] entgegenzustellen, und alle auswärtigen Mächte werden gegen uns sein, bis auf die eine vielleicht, deren Hilfe ich perhorresziere.“ Diese Macht war natürlich Frankreich. Der König mißbilligte deshalb auch die „Rekognoszierung“ des Herzogs Ernst von Koburg-Gotha in Paris im Augustenburger Interesse und suchte sie zu verhindern; auch von der Beihilfe der „Demokratie“ bei der Lösung der Frage wollte er nichts wissen, und Beust erklärte er bei der Rückkehr von den schlecht besuchten und natürlich vergeblichen Würzburger Konferenzen: „Einen innern Krieg im Rücken des äußern Krieges zu veranlassen, das halte ich weder mit meinen Pflichten gegen den Bund noch gegen Deutschland für vereinbar.“ In Süddeutschland erwartete man damals den Rücktritt Beusts.

Zugleich bemühte sich der Kronprinz, die Beteiligung der Bundestruppen am Kriege herbeizuführen, und die sächsische Regierung sprach sich am Bundestage dahin aus; indes die Süddeutschen wollten davon nichts hören, und der Kronprinz konnte nur erreichen, daß die sächsisch-hannoversche Division zu Anfang April den Schutz der holsteinischen Küste übernahm; ja Sachsen wäre bereit gewesen, nachdem eine sächsische Batterie bei Neustadt am 12. April mit einem dänischen Kanonenboot Kugeln gewechselt hatte, auch die am 16. März eroberte Insel Fehmarn zu besetzen, doch die Mehrheit des Bundestags lehnte einen darauf zielenden Antrag der Großmächte ab. Aber es war doch eine Folge dieser Annäherung Sachsens an Preußen, wenn Beust als Bevoll-

mächtiger des Deutschen Bundes, als enfant terrible, wie Bismarck scherzend sagte, zu den Friedenskonferenzen nach London ging, und wenn sich Sachsen mit einer Selbständigkeit, die es leider in der schleswig-holsteinischen Sache wegen der Verschiedenheit des Rechtsstandpunkts nicht einzunehmen wagte, ohne sich um die Opposition der Süddeutschen zu kümmern, mit Preußen über die Erneuerung des Zollvereins einigte und am 11. Mai dafür die Zustimmung beider Kammern erlangte. In der Ersten Kammer hatte darüber der Kronprinz das Referat. Wie wenig sonst die Landesvertretung der großen Politik wirklich zu folgen vermochte, obwohl sie oft in großen Worten von der Sicherung des „reindeutschen“ (d. h. mittelstaatlichen) Interesses, vom „Bruch des Bundesrechts“ und von „gerechter Entrüstung“ darüber sprach, jedenfalls den Gegensatz zu den Großmächten nur verschärfte, bewies damals die Zweite Kammer durch die Ablehnung einer kleinen Regierungsforderung über Vermehrung der Offiziersstellen; erst als die Erste Kammer nach einer sehr ernst, auf die Gefahren der Zukunft nachdrücklich hinweisenden Rede des Kronprinzen am 27. Mai die Position genehmigt hatte, bewilligte sie in der zweiten Lesung auch die Zweite Kammer.

Als sich nun freilich nach dem Scheitern der Londoner Konferenzen die beiden Großmächte vom Londoner Protokoll los sagten und ganz Schleswig samt Jütland eroberten, die Bundesexekution also thatsächlich gegenstandslos geworden war, da trat die verschrobne Stellung der Mittelstaaten und der Bundestruppen sofort wieder klar zu Tage. Ein Konflikt in Rendsburg am 17. und 18. Juli veranlaßte das preußische Oberkommando, die Bundestruppen zur Räumung der Stadt zu nötigen (21. Juli), was begreiflicherweise gerade den Kronprinzen tief verletzte, und erst nach dem Wiener Frieden vom 30. Oktober, der die Herzogtümer an die beiden Großmächte abtrat, wurden am 27. November die Bundestruppen in Rendsburg wieder zugelassen. Allein schon am 1. Dezember stellten Preußen und Österreich in Frankfurt den Antrag auf Beendigung der Exekution und Abberufung der Bundestruppen, dem Preußen durch eine Truppenzusammenziehung bei Minden und Berlin Nachdruck gab, am 5. Dezember wurde er angenommen, und auch die Sachsen kehrten heim, tief erbittert, aber sich bewußt, ihre militärische Pflicht erfüllt zu haben und das Opfer unklarer politischer Verhältnisse geworden zu sein. Der bedeutendste Versuch der Mittelstaaten, selbständig große Politik zu treiben, war vollständig gescheitert.

(Schluß folgt)

